

Mehrere linke Gruppen hatten in Kolumbien den sog. "Patriotischen Marsch" organisiert, um damit Druck auf die Regierung auszuüben, sich zu Friedensverhandlungen mit der FARC bereitzuerklären.

Der frühere Angehörige der Guerrillagruppe M19 und jetzige Politiker Antonio Navarro Wolf hatte in einem Interview der Idee des Marsches zugestimmt, obwohl er im Titel Parallelen zur früheren Linkspartei "Unión Patriótica(UP)" sah.

Die Journalistin María Jimena Duzán(MJD) führte für das Wochenmagazin SEMANA ein Interview mit Carlos Lozano(CL), Chefredakteur der kommunistischen Zeitschrift Voz und Sprecher der Organisatoren des Marsches, denen verschiedentlich vorgeworfen wurde, Unterstützung durch die FARC erhalten zu haben.

"Der Patriotische Marsch ist für den Frieden, nicht für den Krieg"

MJD:

Präsident Santos sandte einen Ruf an die Führer des Marsches, sie sollten nicht die Politik und die Waffen vermischen. Gründen Sie die UP neu?

CL:

Man muss dem Präsidenten erklären, dass der Marsch nicht gleich der UP ist, denn sein Ausgangspunkt ist ein anderer. Die UP entstand auf Vorschlag der FARC, angestoßen durch einen Friedensprozess, den der damalige Präsident Betancourt initiiert hatte. Dagegen stammt der Patriotische Marsch aus einer Initiative sozialer und zivilgesellschaftlicher Organisationen und Leuten der Linken, die weder Bindungen zur Guerrilla haben noch ihr angehören.

MJD:

Aber viele der beteiligten Bauernorganisationen sind ansässig in Zonen, die von der Guerrilla kontrolliert werden....

CL:

Ja, da stimmt. Viele dieser Organisationen kommen aus Gebieten, wo sich die Guerrilla bewegt, und es ist sogar möglich, dass Personen darunter sind, die Sympathie für die Guerrilla haben. Aber es ist nicht sicher, dass diese Leute organisch zur Guerrilla gehören, dass sie von ihr abhängig sind oder von ihr vorgeschickt wurden.

MJD:

Trotzdem bestehen José Obdulio und Plinio Mendoza(Politiker, Mitte-links, A.d.Ü.) darauf, der Marsche sei organisiert von der PC3 (Versuchte Parteigründung der FARC durch ihren getöteten Führer Alfonso Cano, A.d.Ü.), die damals Alfonso Cano gründete.....

CL:

Das hat nichts damit zu tun! Ich wiederhole: Die Initiative zum Marsch kommt nicht von der Guerrilla, sondern von der gesellschaftlichen Basis und ist Nachfolger des Treffens für den Frieden, das vor zwei Jahren in Barrancabermeja stattfand. Aber darüber hinaus haben wir in den Statuten ganz klargestellt, dass dies eine Bewegung für den Frieden ist und nicht für den Krieg. In dieser Hinsicht machen wir keinerlei Konzession an den Krieg, geschweige den, dass wir ihn fördern. Im Gegenteil, diese Bewegung ist öffentlich, offen, mit Blick auf unser Land, und dies wurde sehr klar durch die Form des Marsches letzte Woche in Bogotá, bei dem es keine Vermummten gab oder Leute, die sich verbargen, womit die Hirngespinnste widerlegt wurden, die man gegen uns entwickelt hat. Ich glaube, dass José Obdulio von seinen Informanten getäuscht wurde.

MJD:

Wie haben Sie den Patriotischen Marsch finanziert?

CL:

An dem Marsch nahmen 1500 gesellschaftliche Gruppen teil und sie alle haben Beiträge geleistet. Wir gaben dazu Anteilsscheine aus. Wer einen kaufte, zahlte 5000 Pesos (ca. 2 EUR, A.d.Ü.). Eine Million Scheine wurden abgesetzt. Ihre Teilnahme finanzierte jede Organisation selbst, einige brachten ihr Essen mit, andere haben besseres Essen bezahlt.

MJD:

Auch Antonio Navarro Wolf hat diesen Vergleich mit der UP gezogen in einem Interview mit El Espectador. Hat auch er sich geirrt?

CL:

Auch er! Offenbar ist die UP noch immer ein Bezugspunkt bei allen Versuchen der Linken, sich zu einen und viele Leute, die sich "Überlebende der UP" nennen teilen diesen Eindruck. Aber wir schaffen die UP nicht neu und jene, die das glauben, irren sich.

MJD:

Es ist offenkundig, dass Ihnen der Polo und die Anhänger Gustavo Petros (Links-grüne Partei, Petro ist Bürgermeister von Bogotá, A.d.Ü.) nicht gefallen. Und denen gefallen Sie wiederum nicht. Sie wollten nicht Teil Ihrer Bewegung werden und Petro hat Sie nicht einmal erwähnt.

CL:

Sowohl der Polo als auch Petros Progressive haben sich in abgeschottete Parteien verwandelt, die anderen Optionen nicht offen gegenüberstehen. Was der Marsch aufzeigte, ist das Gegenteil davon: Keine Partei umfasst die gesamte Linke und niemand kann sagen, wer zur Linken gehört und wer nicht. Die vom Polo glauben, dass sie zur linken Mitte driften müssten, um wachsen zu können und neue Gesellschaftsschichten anziehen zu können, um irgendwann, zu welchem Preis auch immer, an die Regierung zu kommen. Das akzeptieren wir nicht, weil wir sonst nur mit dem Diskurs mit Mitte-Links zu tun hätten und den Diskurs in der Linken vernachlässigen würden..

MJD:

Eine Bewegung der radikalen Linken, die für alle Welt offensteht?....das kann ich nicht glauben.

CL:

Na gut, offen für alle Welt innerhalb des linken Spektrums! Und noch mehr, sie ist auch offen für demokratische Schichten, die nicht notwendigerweise zur Linken gehören müssen. Aber mehr noch: Wir sind keine Bewegung der radikalen Linken und auch nicht ultrarevolutionär, wie uns viele abstempeln. Wir sind eine demokratische Plattform, offen dafür, entscheidende Themen zu diskutieren, wie z.B. die Bodenreform, das Wirtschaftsmodell, soziale Reformen.

MJD:

Ihre Bewegung strebt an, dass Bett zu bereiten, in das die FARC sich legen kann, falls sie die Waffen niederlegt?

CL:

Das könnte eine Botschaft an die FARC sein. Deshalb fordern wir vom Präsidenten, und Garantien zu geben, damit wir innerhalb der Institutionen agieren können unter Ausnutzung des demokratischen Spielraumes, den es im Land gibt. Die Guerrilla leidet noch immer an dem

Syndrom der Auslöschung der UP, und sollte man mit uns ebenso verfahren, sei es durch Verfolgung oder durch Auslöschung, dann tut man damit dem Frieden keinen Dienst. Im Gegenteil, wenn wir Garantien bekommen zu wachsen, dann hilft dies, die Guerrilla verstehen zu machen, dass sie den von uns geöffneten Spielraum nutzen kann für den Frieden. Und ein eventueller erfolgreicher Friedensprozess könnte den Patriotischen Marsch zu einem Raum verwandeln, in dem sich die Guerrilla an einen Friedensprozess gewöhnen könnte, ohne Waffen und mit politischen Mitteln. Und wenn sie eine andere politische Partei gründen wollte, das ginge auch..

MJD:

Sie gehen sehr schnell voran. Kehren wir zum heutigen Kolumbien zurück. Präsident Santos hat gesagt, er habe den Schlüssel zum Frieden und er brauche keine Vermittler. Werden Sie zu unwillkommenen Vermittlern?

CL:

Das wollen wir nicht sein. Der Patriotische Marsch, so will ich es mal sagen, ist ein Ausrufer für den Frieden, weil wir es so verstehen, dass das Thema Frieden und der politischen Lösung an die erste Stelle der kolumbianischen Politik gehört. Das ist auch, was die letzte Umfrage von SEMANA zeigt: Es gibt einen verhaltenen Optimismus, dass Frieden möglich sein könnte.

MJD:

Glauben Sie etwa, dass Präsident Santos und die Guerrilla sich bereits in geheimen Gesprächen befinden?

CL:

Das weiß ich nicht. Aber wenn das so wäre, fände ich das sehr gut. Wenn nicht, müssen sie das machen.

MJD:

Diese neue Bewegung bedarf einer politischen Führung und mir scheint, die Führung liegt bei Piedad Córdoba (frühere Senatorin, die wiederholt bei der Freilassung von Gefangenen der FARC vermittelt hat, A.d.Ü.). Oder liege ich da falsch?

CL:

Sicherlich hat die Führung durch Piedad Gewicht, aber wir machen ein kollektives Experiment. Deshalb haben wir kein Direktorium gewählt. Wir haben nur vier Sprecher für die Zeit von sechs Monaten bestimmt: Piedad Córdoba, Gloria Cuartas, Andrés Gil und meine Person.

MJD:

Gibt es da ein Detail von Ihnen, die das Land nicht kennt: Die Rolle des Friedensverhandlers im Schatten des früheren Präsidenten Uribe. Wie ging es Ihnen dabei?

CL:

Diese Rolle habe ich teuer bezahlt. Der frühere Präsident Uribe akzeptierte anfangs, dass Alvaro Leyva (früherer Senator, der wegen seiner Kontakte zur FARC ins Exil gehen musste, A.d.Ü.) und ich die Vermittler sein sollten, sowohl was die Freilassung Gefangener als auch die Annäherung zu Friedensgesprächen anging. Vor dem Tod von Marulanda (Verstorbener Oberkommandierender der FARC, A.d.Ü.) traf sich Dr. Luis Carlos Restrepo (Friedensbeauftragter der Regierung Uribe, A.d.Ü.) mit Alvaro Leyva und mir und forderte uns auf, einen Weg zu Marulanda zu suchen. Auch trafen wir Joselito Guerra. Zusammen mit ihm sandten wir viele Botschaften an Uribe.

MJD:

Und der selbe Expräsident Uribe, der heute Santos kritisiert, weil er den Frieden sucht, hat sich um Sie bemüht, um ein Fenster zu Marulanda zu öffnen?

CL:

So ist es. Ich war zunächst zögerlich, weil wir viele Probleme mit Dr. Restrepo gehabt hatten und mit Präsident Uribe bei den humanitären Aktionen die wir gemacht hatten zur Befreiung von Ingrid Betancourt und anderen Geiseln der FARC. Trotzdem habe ich das Angebot akzeptiert. Zudem hat Präsident Uribe unser Wirken öffentlich anerkannt, indem er die Anstrengungen zum Frieden würdigte, und er nannte in einer Rede meinen Namen. Diese Erwähnung half mir später, als man einen Prozess gegen mich in Gang brachte und als Restrepo abstritt, dass wir Vermittler gewesen waren.

MJD:

Wie konnte er das abstreiten?

CL:

Als die Staatsanwaltschaft vom Präsidialamt Informationen anforderte, ob ich Vermittler gewesen sei, verneinte das Restrepo. Was tat ich? Ich fügte eine Kopie der Rede von Uribe und einiger Erklärungen Restrepos, in denen er unsere Vermittlung akzeptierte, an eine Tageszeitung der Hauptstadt bei und sandte diese Papiere an die Staatsanwaltschaft um zu zeigen, dass Restrepo nicht die Wahrheit sagte. Die Ermittlungen gegen mich sind beendet.

MJD:

Glauben Sie, dass die FARC den Krieg beenden will?

CL:

Ich glaube, dies ist der Moment, Frieden zu schließen, aber ich bin mir auch sicher, dass die FARC diesen Schritt nur dann tun wird, wenn sie überzeugt ist, dass sie nach einem eventuellen Friedensschluss und einer Demobilisierung in der Politik agieren kann.

MJD:

Deswegen schlägt Präsident Santos einen neuen Rahmen für eine Friedensregelung vor, der gerade durch das Parlament läuft. Was halten Sie von diesem Vorschlag?

CL:

Dass er sehr eingeschränkt ist. Der Vorschlag besagt, dass die Guerrilleros sich ohne Gegenleistungen demobilisieren lassen sollen, und das wird weder der ELN noch die FARC mitmachen. Ich glaube, vor einer Demobilisierung muss es schon eine Art Vereinbarung geben, die Ergebnis eines Dialogs sein muss. Die Demobilisierung muss eine Folge dieses Dialogs sein und nicht umgekehrt.

MJD:

Aber warum verlangt man nicht auch von der Guerrilla Vorleistungen wie den Verzicht auf das Legen von Landminen, die Rekrutierung Jugendlicher oder die Erpressung der Zivilbevölkerung?

CL:

Wenn es einen Dialog gibt, dann kann man derartige Forderungen an die Guerrilla stellen, damit sie von diesen Praktiken ablässt. Aber es muss auch Gesten der Regierung geben. Es ist

gut, dass die Regierung Forderungen an die Guerrilla stellt. Aber wo ist das Entgegenkommen der Regierung?

MJD:

Ich nenne Ihnen einige Gesten: Die Anerkennung, dass es in Kolumbien einen internen bewaffneten Konflikt gibt, das Gesetz zur Wiedereinsetzung der ursprünglichen Eigentümer in den Fällen erzwungener Migration.....

CL:

Man hat anerkannt, dass es einen internen Konflikt gibt, aber nur um den Krieg fortzusetzen. Es ist Sturheit der Regierung nicht zuzugeben, dass es politische Häftlinge gibt und das Restitutionsgesetz ist ein Gesang beim Fahnenhissen, während der Konflikt ungelöst bleibt. Ich sage nicht, dass dahinter keine guten Absichten stehen, aber es reicht weder aus, noch ist es die Lösung des Agrarproblems.